

IKEM-Klimacheck

Welche Partei hat das ambitionierteste Wahlprogramm?

Wer die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien liest, kann schnell zu dem Eindruck gelangen, dass alle viel für den Schutz des Klimas tun wollen. Es soll viel gefördert, geprüft und umgesetzt werden, noch dazu wollen alle Parteien das 1,5 Grad Ziel erreichen.

Aber welche Partei hat die ambitioniertesten Ziele und konkretesten Pläne zum Schutz unseres Klimas und welche findet nur viele schöne Worte dafür?

In seinem kurzen Klimacheck für Unentschlossene überprüft das IKEM, wie ambitioniert und konkret die klimapolitischen Pläne der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien sind.¹

¹ Die AfD wird in diesem IKEM-Parteiencheck nicht berücksichtigt, da sie den menschengemachten Klimawandel leugnet und in ihrem Wahlprogramm keine Maßnahmen zum Klimaschutz nennt.

Dafür betrachtet der Parteiencheck fünf entscheidende Themen der Klimapolitik:

- Ziele zur Klimaneutralität
- Pläne für die CO₂-Bepreisung
- Ausbau der erneuerbaren Energien
- Einsatz von grünem Wasserstoff
- Mobilität der Zukunft

Dahingehend wurden die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit einem Ampelsystem bewertet:

- Grün: Pläne sind konkret und ambitioniert
- Gelb: Pläne sind nur zum Teil konkret und ambitioniert
- Rot: Pläne sind unkonkret und ambitionslos

Die entscheidenden Klimaschutzthemen im Klimacheck

Ziele zur Klimaneutralität

Der IPCC-Bericht "Climate Change 2021: The Physical Science Basis" kommt zu dem Ergebnis, dass ab 2020 weltweit nur noch insgesamt 500 Gigatonnen CO₂ ausgestoßen werden dürfen, um die Erderwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um die Erderwärmung einzudämmen, müssen wir daher schnellstmöglich klimaneutral werden. Als wichtiger Eckpunkt für den Klimaschutz und unseren Parteiencheck gilt daher der Moment, ab dem ein Land keine weiteren Treibhausgase mehr emittiert, beziehungsweise nicht mehr emittiert als kompensiert.

CDU/CSU ● Die **CDU/CSU** strebt entsprechend dem Bundes-Klimaschutzgesetz Klimaneutralität bis 2045 an und will die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um 88 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.

SPD ● Die **SPD** strebt entsprechend dem Bundes-Klimaschutzgesetz Klimaneutralität bis 2045 an und will die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um 88 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.

FDP ● Die **FDP** hat 2050 zum Ziel: Bis dahin soll das Land klimaneutral sein. Die Partei widerspricht damit als einzige dem Bundes-Klimaschutzgesetz, in dem die Klimaneutralität bis spätestens 2045 festgeschrieben ist.

**Bündnis 90/
Die Grünen** ● Die **Grünen** streben Klimaneutralität bis 2040 an und wollen die deutschen Emissionen bis 2030 um 79 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren.

Die Linke ● Die **Linke** will dafür sorgen, dass Deutschland bereits 2035 klimaneutral ist.

CO₂-Bepreisung

Die Idee hinter der CO₂-Bepreisung ist einfach: Indem man Treibhausgasen einen Preis gibt, werden Produkte und Dienstleistungen, die Emissionen erzeugen, teurer. Das verschafft klimafreundlichen Alternativen wiederum einen Marktvorteil. Die Bepreisung kann zum Beispiel über Zertifikat-Systeme oder auf CO₂-basierenden Steuern erfolgen.

Seit 2021 gibt es in Deutschland ein CO₂-Zertifikat-System für die Sektoren Wärme und Verkehr. In der EU besteht bereits seit 2005 das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS), das alle großen Anlagen zur Produktion von Strom und Wärme sowie für große Industrieanlagen abdeckt.

Unabhängig davon, ob ein Zertifikat- oder Steuersystem gewählt wird, gilt: Eine Ausweitung der CO₂-Bepreisung auf die verbleibenden Sektoren und höhere Preise für CO₂-Emissionsrechte sind wichtige Maßnahmen für eine zügige und umfassende Dekarbonisierung.

- CDU/CSU** ● Die **CDU/CSU** befürwortet eine Ausweitung des bestehenden Emissionshandelssystems auf weitere Sektoren und die Integration der Bereiche Wärme und Mobilität. Zu einem schnelleren Anstieg des CO₂-Preises, findet sich nur die Aussage, man wolle „den Auswuchspfad straffen“.
- SPD** ● In ihrem Wahlprogramm äußert sich die **SPD** nicht zu einem schnelleren Anstieg des CO₂-Preises oder zu einer Ausweitung der CO₂-Bepreisung auf andere Sektoren.
- FDP** ● Die **FDP** setzt stark auf den Emissionshandel. Wie die Union, will auch die FDP alle Sektoren der Wirtschaft in den Emissionshandel integrieren. Zu einer Erhöhung des CO₂-Preises schweigt sich das Wahlprogramm allerdings aus.
- Bündnis 90/ Die Grünen** ● Die **Grünen** fordern eine Erhöhung des CO₂-Preises um 60 Euro pro Tonne bis 2025 und wollen die CO₂-Bepreisung auf alle Emissionssektoren ausweiten.
- Die Linke** ● Die **Linke** lehnt die CO₂-Bepreisung sowie den Emissionshandel als „Leitinstrument im Klimaschutz“ grundsätzlich ab, da sie die Maßnahme als „unfaire Zusatzbelastung einkommensschwacher Haushalte“ sieht. Die Linke setzt stattdessen auf verbindliche Klimaziele sowie staatliche Förder- und Infrastrukturprogramme.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Bereits jetzt leisten Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie andere erneuerbare Energiequellen einen bedeutenden Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgasen. Doch für eine klimafreundliche Energieversorgung aller Sektoren ist die Menge an verfügbarer erneuerbarer Energie noch zu gering. Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien ist deshalb, ebenso wie der möglichst schnelle Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung, essenziell für das Erreichen der Klimaziele.

- CDU/CSU** ● Die **CDU/CSU** fordert einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, konkrete Ausbaupläne und -ziele fehlen jedoch. Die Partei will hier viel „prüfen“ und „fördern“ und bleibt konkrete Aussagen schuldig. Das Wahlprogramm hält am Kohleausstieg 2038 fest.
- SPD** ● Die **SPD** strebt bis 2030 65 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien und bis 2040 100 Prozent an. Laut Wahlprogramm hält die Partei am Kohleausstieg bis 2038 fest.
- FDP** ● Die **FDP** möchte keine energie- und klimapolitischen Vorgaben machen. Sie spricht sich gegen staatliche Förderprogramme für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus und setzt stattdessen auf marktwirtschaftliche Mittel wie den CO₂-Preis. Das Wahlprogramm äußert sich nicht weiter zum Kohleausstieg 2038.
- Bündnis 90/ Die Grünen** ● Die **Grünen** wollen die Energieversorgung aller Sektoren schnellstmöglich auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Das Programm der Grünen definiert klare Ausbauziele für Photovoltaik und Windenergie und fordert, den Kohleausstieg bereits bis 2030 umzusetzen.
- Die Linke** ● Die **Linke** will das System der fossilen Energien bis 2035 durch erneuerbare Energien ersetzen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll durch eine Begrenzung des absoluten Energieverbrauchs begleitet werden. Die Linke will bereits 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen.

Einsatz von grünem Wasserstoff

Für die Dekarbonisierung der Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle. Er findet Einsatz in der Industrie, kann als Energiespeicher, als Wärmequelle und als Treibstoff zur Fortbewegung dienen.

Grüner Wasserstoff aus erneuerbaren Energien kann emissionsfrei hergestellt werden und lässt sich ohne weiteres ins Energiesystem integrieren. Leider sind die Erzeugungskapazitäten derzeit noch gering. Daher wird diskutiert, ob zum Beispiel auch blauer und türkiser Wasserstoff² als Übergangslösung im Sinne eines schnellen Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft zum Einsatz kommen soll.

Für den Parteiencheck gilt: Je größer die Ambitionen für grünen Wasserstoff desto besser.

Wasserstoff benötigen wir zur Dekarbonisierung aber aufgrund seiner Speicherwirkung auch als elementaren Bestandteil eines effizienten erneuerbaren Energiesystems. Der möglichst breite Einsatz schafft Flexibilitäten, unterstützt den Markthochlauf und steigert die Verfügbarkeit von klimaneutralem Wasserstoff. Begrenzungen auf spezifische Einsatzbereiche und damit auf bestimmte Mengen an Wasserstoff, führen zu Punktabzügen im Parteiencheck.

- CDU/CSU** ● **CDU/CSU** setzen auf die Umsetzung der Wasserstoffstrategie und grünen Wasserstoff. Blauen Wasserstoff wollen die Konservativen nur übergangsweise akzeptieren. Das Wahlprogramm enthält keine Festlegung auf bestimmte Einsatzbereiche.
- SPD** ● Die **SPD** will „Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen – für die klimaneutrale Erzeugung von Stahl, für CO₂-arme PKWs, LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr.“ Das lässt sich als Begrenzung der Einsatzbereiche lesen. Außer dem Hinweis, dass Wasserstoff dort eingesetzt werden soll, wo eine Elektrifizierung „nicht sinnvoll“ ist, findet sich dazu nicht mehr im Wahlprogramm.
- FDP** ● Die **FDP** setzt auf den Markt und will die Einsatzbereiche von Wasserstoff nicht politisch einschränken. Die Partei setzt neben grünem auch auf blauen und türkisen Wasserstoff, um „kurzfristig große Mengen (Wasserstoff) zu bezahlbaren Preisen“ sicherzustellen. Ob das nur übergangsweise sein soll, verrät das Parteiprogramm nicht.
- Bündnis 90/ Die Grünen** ● Die **Grünen** möchten, dass Deutschland eine Führungsrolle bei Wasserstofftechnologien übernimmt. Die Partei setzt auf grünen Wasserstoff und will seinen Einsatz auf klar definierte Bereiche begrenzen, „in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.“
- Die Linke** ● Die **Linke** fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von Ökostrom zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen dazu vorhanden sind: „bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Teilen der Chemiewirtschaft, im Flug und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während Dunkelflauten.“

² Dieser Wasserstoff stammt aus der Aufspaltung von Erdgas bzw. Methan in seine chemischen Komponenten. Durch Maßnahmen zur dauerhaften Bindung des dabei entstehenden Kohlenstoffs (CCR/CCS) können diese Verfahren theoretisch treibhausgasneutral gestaltet werden. Aufgrund von Klimarisiken bei den Vorprodukten und der Kohlenstoffspeicherung sind diese Verfahren allerdings umstritten.

Mobilität der Zukunft

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können, muss der Verkehrssektor grundlegend restrukturiert werden. Wir müssen unsere Mobilität klimaneutral gestalten und dürfen dabei auch Aspekte wie den Umweltschutz und Flächenverbrauch nicht aus den Augen lassen. Die Dekarbonisierung des Verkehrs, zum Beispiel durch das Auslaufen der Nutzung von fossilen Kraftstoffen, muss daher durch eine Stärkung des ÖPNV, Carsharings, Fuß- und Radverkehrs (Umweltverbund) flankiert werden. Beides zusammen ist die Messlatte für diese Rubrik des Parteienchecks.

- CDU/CSU** ● Die **CDU/CSU** will CO₂-neutraler Mobilität zum Durchbruch verhelfen und den Schienenverkehr stärken. Allerdings will die Partei keine weiteren Vorgaben für den Einsatz von Verbrennungsmotoren oder den Flugverkehr machen. Fliegen soll jedoch stärker mit dem Zugverkehr vernetzt werden. Ein Tempolimit für Autobahnen lehnen die Konservativen ab. Eine aktive Verschiebung weg vom Individualverkehr, hin zum Umweltverbund lässt sich in ihrem Wahlprogramm nicht erkennen.

- SPD** ● Die **SPD** will die „Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen.“ Durch eine attraktivere und günstigere Bahn sollen Kurzstreckenflüge vermieden werden. Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV will die SPD in Städten mehr Platz einräumen. Die Partei will außerdem ein Tempolimit von 130km/h einführen. Ein Auslaufdatum für den Verbrennungsmotor nennt das Programm nicht.

- FDP** ● Die **FDP** lehnt staatliche Verbote ab, da die Partei im CO₂-Preis das Potential sieht, klimaschädliche Alternativen unattraktiv zu machen, sodass diese vom Markt gedrängt werden. Die Partei will den Schienenverkehr durch eine Privatisierung der Bahn verbessern. Eine aktive Verschiebung weg vom Individualverkehr hin zum Umweltverbund lässt sich in ihrem Wahlprogramm jedoch nicht erkennen.

- Bündnis 90/
Die Grünen** ● Die **Grünen** wollen den Umweltverbund klar stärken und den motorisierten Individualverkehr senken. Sie fordern in ihrem Wahlprogramm die Einführung eines Tempolimits von 130km/h, wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zulassen und Kurzstreckenflüge Schritt für Schritt unattraktiver machen.

- Die Linke** ● Die **Linke** fordert eine umfassende Verkehrswende. Dabei sollen öffentliche Verkehrsmittel das Fortbewegungsmittel der Wahl sein. Die Partei spricht sich klar für die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs aus und will Preise für den ÖPNV schrittweise bis auf null verringern. Die Linken setzen auf ein Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen, 80km/h Außerorts und 30km/h Innerorts. Sie fordern außerdem ein Verbot von Flügen, die unter 500km lang und deren Ziel in unter 5 Stunden mit der Bahn erreichbar ist. Ab 2030 sollen nach Forderung der Partei keine neuen Verbrenner mehr zugelassen oder exportiert werden.

Ergebnis

Thema	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke
Klimaneutralität	●	●	●	●	●
CO ₂ -Bepreisung	●	●	●	●	●
Ausbau der Erneuerbaren	●	●	●	●	●
Grüner Wasserstoff	●	●	●	●	●
Mobilität der Zukunft	●	●	●	●	●

Dreimal grün und zweimal gelb: Die **Grünen** haben in den meisten Themenfeldern die konkretesten und ambitioniertesten Pläne für den Klimaschutz.

Dreimal grün, einmal gelb und einmal rot: Auf Platz zwei stehen **die Linken**, die mit ihren Forderungen zum Teil sogar die Ambitionen der Grünen übertreffen aber mit dem Widerstand gegen den CO₂-Preis eine wichtige Klimaschutzmaßnahme ablehnen.

Dreimal gelb und zweimal rot: Die **SPD** liegt in Sachen Klimaschutz auf der dritten Position. Zwar bekennt sich die Partei zum Klimaschutz, jedoch fehlen im Vergleich zu anderen Parteien an vielen Stellen wirkliche Ambitionen.

Dreimal rot, einmal gelb und einmal grün: Bei **CDU/CSU** fehlen an vielen Stellen konkrete Konzepte für die Ausgestaltung der Maßnahmen. Sie kommt damit auf Platz 4.

Dreimal rot und zweimal gelb: Die **FDP** hat die geringsten Ambitionen für den Klimaschutz. Sie setzt fast ausschließlich auf das Instrument der CO₂-Bepreisung und benennt darüber hinaus kaum konkrete Maßnahmen für klimafreundliche Veränderungen.

Quellen

IPCC-Bericht "Climate Change 2021: The Physical Science Basis": https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf

Wahlprogramm CDU/CSU: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

Wahlprogramm SPD: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

Wahlprogramm FDP: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

Wahlprogramm Die Grünen: https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammentwurf.pdf

Wahlprogramm Die Linke: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Impressum:

IKEM – Institut für Klimaschutz,
Energie und Mobilität e.V.
Magazinstraße 15-16, 10179 Berlin